



Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 25.05.2021 (GVOBl. Schl.-H. S. 566) wird nach Beschluss der Gemeindevertretung Pohnsdorf vom 11.08.2021 und mit Genehmigung der Landrätin des Kreises Plön folgende Satzung erlassen:

## § 1 Wappen, Flagge, Siegel

- (1) Das Gemeindewappen zeigt in Silber einen breiten, mit einem unten verstützten silbernen Abtstab belegten blauen Wellenpfehl, begleitet vorn von einer roten Ähre, hinten von drei roten Buchenblättern pfehlweise, von denen die beiden unteren die jeweils oberen schuppenartig bedecken.
- (2) Die Gemeindeflagge zeigt auf einem in fünf Streifen, von denen die beiden äußeren blau, der mittlere rot und die dazwischenliegenden weiß sind, waagrecht geteilten Flaggentuch das Gemeindewappen in flaggengerechter Tinktur, etwas nach oben und deutlich zur Stange hin versetzt.
- (3) Das Dienstsiegel zeigt das Gemeindewappen mit der Umschrift: "Gemeinde Pohnsdorf, Kreis Plön".
- (4) Die Verwendung des Gemeindewappens durch Dritte bedarf der Zustimmung der Gemeindevertretung.

## § 2 Bürgermeister/in

- (1) Der/Dem Bürgermeister/in obliegen die ihr/ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.
- (2) Sie/Er entscheidet ferner über
  1. Stundungen bis zu einem Betrag von 2.500 €,
  2. Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und Niederschlagung solcher Ansprüche, Führung von Rechtsstreiten und Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 1.000 € nicht überschritten wird,
  3. Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 2.500 € nicht übersteigt,
  4. Veräußerung und Belastung von Gemeindevermögen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes oder die Belastung einen Wert von 3.000 € nicht übersteigt,
  5. Annahme oder Vermittlung von Schenkungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen bis zu einem Wert von 2.500 €,
  6. Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden, soweit der monatliche Mietzins 200 € nicht übersteigt,
  7. Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 2.500 € (§ 4 Abs. 5 bleibt unberührt),
  8. Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB, sofern die Verwirklichung des betreffenden Vorhabens nicht die Grundzüge der Planung berührt oder von besonderer städtebaulicher Bedeutung ist,
  9. Abgabe einer Erklärung bzw. Antragstellung nach § 68 Abs. 2 Ziffer 4 LBO.

## § 3 Gleichstellungsbeauftragte

- (1) <sup>1</sup>Die Gleichstellungsbeauftragte des Amtes Preetz-Land kann an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse teilnehmen. <sup>2</sup>Dies gilt auch für nichtöffentliche



- Teile von Sitzungen. <sup>3</sup>Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen sind ihr rechtzeitig bekannt zu geben. <sup>4</sup>In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen.
- (2) <sup>1</sup>Die Gleichstellungsbeauftragte trägt zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gemeinde bei. <sup>2</sup>Sie ist dabei insbesondere in folgenden Aufgabenbereichen tätig:
- Einbringung frauenspezifischer Belange in die Arbeit der Gemeindevertretung,
  - Prüfung von Verwaltungsvorlagen auf ihre Auswirkungen für Frauen, z.B. auch bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes,
  - Mitarbeit an Initiativen zur Verbesserung der Situation von Frauen in der Gemeinde,
  - Anbieten von Sprechstunden und Beratung für hilfesuchende Frauen,
  - Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen, Betrieben und Behörden, um frauenspezifische Belange wahrzunehmen.
- (3) <sup>1</sup>Sie ist im Rahmen ihres Aufgabenbereichs an allen Vorhaben so frühzeitig zu beteiligen, dass ihre Initiativen, Anregungen, Vorschläge, Bedenken oder sonstige Stellungnahmen berücksichtigt werden können. <sup>2</sup>Dazu sind ihr die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen zur Kenntnis zu geben sowie erbetene Auskünfte zu erteilen.
- (4) <sup>1</sup>Die Gleichstellungsbeauftragte kann in ihrem Aufgabenbereich eigene Öffentlichkeitsarbeit betreiben. <sup>2</sup>Dabei ist sie an Weisungen nicht gebunden.

## § 4 Ständige Ausschüsse

- (1) <sup>1</sup>Die folgenden ständigen Ausschüsse nach § 45 Abs. 1 GO werden gebildet:
- a) **Strategieausschuss** (Ausschuss für strategische Steuerung und Entwicklungsplanung)  
Zusammensetzung: 7 Mitglieder  
Aufgabengebiet: Strategische Steuerung  
Aufgabenplanung, Zeitplanung, Finanzplanung  
Entwicklungsplanung  
Räumliche Planungen, übergemeindliche Planungen,  
Einbindung in übergeordnete Planungen  
Zentrale Dienste  
Organisation, Finanzwesen, Prüfung der Jahresrechnung
- b) **Projektausschuss** (Ausschuss für Projektbetreuung)  
Zusammensetzung: 7 Mitglieder  
Aufgabengebiet: Fachplanung und Betreuung der Projekte entsprechend der Aufgabengliederung des Amtes
- <sup>2</sup>In die Ausschüsse können Bürger/innen gewählt werden, die der Gemeindevertretung angehören können; ihre Zahl darf die Zahl der Gemeindevertreter/innen im Ausschuss nicht erreichen.
- (2) Neben den in Absatz 1 genannten ständigen Ausschüssen der Gemeindevertretung werden die nach besonderen gesetzlichen Vorschriften zu bildenden Ausschüsse bestellt.
- (3) <sup>1</sup>Die Zahl der Ausschusssitze kann sich durch Anwendung des § 46 Abs. 1 und 2 GO (Überproportionalmandate, beratendes Grundmandat) erhöhen. <sup>2</sup>Als zusätzliche Mitglieder im Sinne des § 46 Abs. 2 GO können in die Ausschüsse auch Bürger/innen entsandt werden, die der Gemeindevertretung angehören können.
- (4) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und der nach § 46 Abs. 9 GO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Mitgliedern der Gemeindevertretung übertragen.



- (5) <sup>1</sup>Dem Projektausschuss wird zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und nach Maßgabe der von der Gemeindevertretung festgelegten Ziele und Grundsätze die Befugnis übertragen, Entscheidungen zu treffen über die Vergabe von Aufträgen sowie über die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen. <sup>2</sup>Die/Der Vorsitzende des Projektausschusses berichtet der Gemeindevertretung regelmäßig über den Stand der Projekte. <sup>3</sup>Das Nähere zu dieser Berichtspflicht regelt die Gemeindevertretung.
- (6) <sup>1</sup>Der Projektausschuss kann aus seiner Mitte für einzelne oder mehrere Projekte Projektbetreuer benennen. <sup>2</sup>Die Projektbetreuer berichten dem Ausschuss regelmäßig über den Stand der Projekte. <sup>3</sup>Das Nähere zu dieser Berichtspflicht regelt der Ausschuss.

## § 5 Sitzungen in Fällen höherer Gewalt

- (1) <sup>1</sup>Bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes oder vergleichbaren außergewöhnlichen Notsituationen, die eine Teilnahme der Gemeindevertreter/innen an Sitzungen der Gemeindevertretung erschweren oder verhindern, können die notwendigen Sitzungen der Gemeindevertretung ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum als Videokonferenz durchgeführt werden. <sup>2</sup>Dabei werden geeignete technische Hilfsmittel eingesetzt, durch die die Sitzung einschließlich der Beratungen und Beschlussfassungen zeitgleich in Bild und Ton an alle Personen mit Teilnahmerechten übertragen werden. <sup>3</sup>Die Entscheidung hierüber trifft die/der Vorsitzende der Gemeindevertretung.
- (2) Sitzungen der Ausschüsse können im Sinne des Absatzes 1 durchgeführt werden.
- (3) <sup>1</sup>Die Gemeinde entwickelt ein Verfahren, wie Einwohner/innen im Fall der Durchführungen von Sitzungen im Sinne des Absatzes 1 Fragen zu Beratungsgegenständen oder anderen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft stellen und Vorschläge und Anregungen unterbreiten können. <sup>2</sup>Das Verfahren wird mit der Tagesordnung zur Sitzung im Sinne des Absatzes 1 bekanntgemacht. <sup>3</sup>In Ausschusssitzungen findet eine Einwohnerfragestunde nicht statt.
- (4) Die Öffentlichkeit im Sinne des § 35 Abs. 1 Satz 1 GO wird durch eine zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton in einem öffentlich zugänglichen Raum und durch eine Echtzeitübertragung oder eine vergleichbare Einbindung übers Internet hergestellt.

## § 6 Aufgaben der Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung trifft die ihr nach §§ 27 und 28 GO zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie sie nicht auf die/den Bürgermeister/in oder auf ständige Ausschüsse übertragen hat.

## § 7 Einwohnerversammlung

- (1) <sup>1</sup>Die/Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann eine Versammlung der Einwohner/innen einberufen. <sup>2</sup>Das Recht der Gemeindevertretung, die Einberufung einer Einwohnerversammlung zu verlangen, bleibt unberührt. <sup>3</sup>Die Einwohnerversammlung kann auch auf Teile des Gemeindegebietes beschränkt durchgeführt werden.
- (2) <sup>1</sup>Für die Einwohnerversammlung ist von der/dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung eine Tagesordnung aufzustellen. <sup>2</sup>Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversamm-



lung ergänzt werden, wenn mindestens 5 % der anwesenden Einwohner/innen einverstanden sind. <sup>3</sup>Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung sind öffentlich bekannt zu geben.

- (3) <sup>1</sup>Die/Der Vorsitzende der Gemeindevertretung leitet die Einwohnerversammlung. <sup>2</sup>Sie/Er kann die Redezeit auf bis zu 5 Minuten je Redner/in beschränken, falls dies zur ordnungsmäßigen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. <sup>3</sup>Sie/Er übt das Hausrecht aus.
- (4) <sup>1</sup>Die/Der Vorsitzende der Gemeindevertretung berichtet der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und stellt diese zur Erörterung. <sup>2</sup>Einwohnerinnen und Einwohnern ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. <sup>3</sup>Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung ist offen abzustimmen. <sup>4</sup>Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. <sup>5</sup>Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mindestens 5 % der anwesenden Einwohner/innen abgegeben werden. <sup>6</sup>Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht Gemeindeangelegenheiten betreffen, ist nicht zulässig.
- (5) <sup>1</sup>Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. <sup>2</sup>Die Niederschrift soll mindestens enthalten:
1. die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
  2. die Zahl der teilnehmenden Einwohner/innen,
  3. die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
  4. den Inhalt der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde, und
  5. das Ergebnis der Abstimmung.
- <sup>3</sup>Die Niederschrift wird von der/dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung und der/dem Protokollführer/in unterzeichnet.
- (6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Gemeindevertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

## § 8 Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern

<sup>1</sup>Verträge der Gemeinde mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern, Mitgliedern oder stellvertretenden Mitgliedern der Ausschüsse nach § 46 Abs. 3 GO und juristischen Personen, an denen Gemeindevertreter/innen, Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder der Ausschüsse nach § 46 Abs. 3 GO beteiligt sind, sind ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 2.500 €, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 250 € halten. <sup>2</sup>Handelt es sich bei den in Satz 1 genannten Vertragspartnerinnen oder -partnern um Auftragnehmer/innen, sind die Verträge ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn die Auftragsvergabe unter Anwendung des für die jeweilige Auftragsart geltenden Vergaberechts erfolgt ist und der Auftragswert den Betrag von 2.500 €, bei wiederkehrenden Leistungen einen Betrag von 250 € im Monat, nicht übersteigt. <sup>3</sup>Erfolgt die Auftragsvergabe unter den Voraussetzungen des Satzes 2 im Wege der freihändigen Vergabe/Verhandlungsvergabe, ist der Vertrag ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn der Auftragswert den Betrag von 2.500 €, bei wiederkehrenden Leistungen einen Betrag von 250 € im Monat, nicht übersteigt.



## § 9 Verpflichtungserklärungen

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 5.000 €, bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 500 €, nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 51 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung entsprechen.

## § 10 Veröffentlichungen

- (1) <sup>1</sup>Satzungen der Gemeinde werden im amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes bekannt gemacht. <sup>2</sup>Es führt die Bezeichnung „Der Amtsschimmel“ und erscheint monatlich am letzten Mittwoch des Monats. <sup>3</sup>Abweichende Erscheinungsdaten werden in der „Ostholsteiner Zeitung“ der Kieler Nachrichten bekannt gegeben. <sup>4</sup>„Der Amtsschimmel“ wird kostenlos an sämtliche Haushalte im Gemeindegebiet verteilt; er liegt zudem im Amtsgebäude in Schellhorn aus.
- (2) <sup>1</sup>Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. <sup>2</sup>Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas Anderes bestimmt ist. <sup>3</sup>Die Auslegung erfolgt nur während der Öffnungszeiten im Hause des Amtes Preetz-Land, Am Berg 2, 24211 Schellhorn. <sup>4</sup>Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas Anderes bestimmt ist.
- (4) Der Inhalt der nach dem Baugesetzbuch erforderlichen ortsüblichen Bekanntmachungen und die auszulegenden Unterlagen werden zusätzlich unter der Adresse [www.amtpreetzland.de/amt-gemeinden/bauen-wohnen/bauleitplanung-in-den-gemeinden](http://www.amtpreetzland.de/amt-gemeinden/bauen-wohnen/bauleitplanung-in-den-gemeinden) ins Internet eingestellt und über das zentrale Internetportal des Landes auf [www.schleswig-holstein.de/bauleitplanung](http://www.schleswig-holstein.de/bauleitplanung) zugänglich gemacht.
- (5) Die örtliche Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Gemeindevertretung sowie alle erforderliche Bekanntmachungen im Zusammenhang mit Wahlen oder Abstimmungen erfolgen durch Aushang an der Bekanntmachungstafel, die sich in der Seestraße, Ecke Seekoppel, befindet.

## § 11 Inkrafttreten

<sup>1</sup>Die Hauptsatzung der Gemeinde Pohnsdorf tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 29.04.1998, zuletzt geändert durch Satzung vom 03.07.2014, außer Kraft. <sup>3</sup>Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung der Landrätin des Kreises Plön vom 23.08.2021 erteilt. <sup>4</sup>Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Pohnsdorf, den 26.08.2021

DS

gez. Lüth  
Bürgermeister